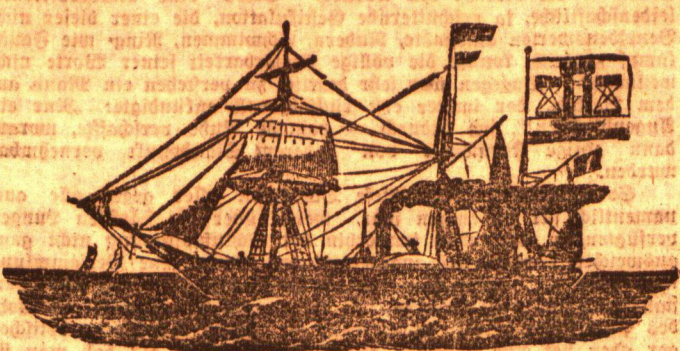


Memeler Dampfboot

Memeler und Grenz-Zeitung



Anzeigen werden für den Raum einer Kolonne
 Spezialseite von Abonnenten mit 1,50 Mk. berechnet,
 von Nicht-Abonnenten u. Auswärtigen mit 2,00 Mk. berechnet.
 Reklamen für die Seite 6,00 Mk., Auswärtige 8,00 Mk. die Seite,
 bei Erfüllung von Platzbestimmungen 50% Aufschlag.
 Eine Gewähr für die Einräumung bestimmter Plätze
 kann nicht übernommen werden.
 Einmaliger Rabatt kann im Kontraktfalle, bei Einziehung des
 Rechnungsbetrages auf gerichtlichem Wege und außerdem dann
 verwendet werden, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang
 der Rechnung Zahlung erfolgt. Erfüllungsort ist Memel.
 Anzeigen für die folgende Nummer bestimmt
 sind spätestens bis vorm. 10 Uhr einzuliefern.
 Telephonische Anzeigenannahme ohne Gewähr für
 Richtigkeit.
 Belag-Exemplare kosten 50 Pf.
 Fernsprechnummern: 26 und 28.

Erscheint täglich morgens
 mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.
 Vierteljährlicher Abonnementspreis
 pränumerando 22 Mk. 50 Pf. mit Botenlohn 24 Mk.
 Auswärtige
 abonnieren bei den Postämtern und erhalten die Zeitung für
 24 Mk. pro Quartal bei freier Zustellung.
 Sprechstunden der Redaktion: Vorm. 11 bis 12 Uhr
 außer Montag und Sonnabend.
 Für Aufbewahrung und Rücksendung unverlangt eingesandter
 Manuskripte wird keine Verantwortung übernommen.
 Die Expedition ist geöffnet:
 An Wochentagen von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr abends,
 an Sonn- und Feiertagen von 7 bis 9 Uhr vormittags.
 Telegramm-Adresse: Dampfbootverlag.

Nach dem deutschen Eisenbahnerstreik Fortdauer nur in Braunschweig

Ms. Berlin, 9. Februar. (Priv.-Tel.) Nach Mitteilungen des Reichsverkehrsministeriums ist die Beamtenschaft nunmehr überall der Aufforderung den Dienst wieder aufzunehmen, nachgekommen. Nur in Braunschweig wurde beschlossen, den Streik fortzuführen. Mit der Inangriffnahme des normalen Betriebes ist heute begonnen. Das Reichsverkehrsministerium will versuchen, schon von morgen ab den sahrplanmäßigen Betrieb mit großen Einschränkungen durchzuführen. Diese sind darauf zurückzuführen, daß viele Lokomotiven reparaturbedürftig sind, da sie während des Streikes mit Wasser in den Schuppen standen. Der dadurch entstandene Schaden wird auf mehrere Hundert Millionen bemessen. Außerdem ist die Kohlenlage in verschiedenen Bezirken sehr schlecht, so daß noch mit starken Einschränkungen des Betriebes zunächst gerechnet werden muß. Wie vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, kehren die Beamten auf einigen Stellen nur zögernd zurück, während sie auf anderen so zahlreich zum Dienst kommen, daß es beinahe Schwierigkeiten macht, alle unterzubringen. In den letzten Tagen gelang es, den Kottbetrieb bedeutend auszubauen, so daß in vielen Eisenbahndirektionsbezirken über 25 Prozent aller Personenzüge bereits gefahren werden. Im Güterverkehr wurde fast durchweg ein Durchschnitt von 10 Prozent der Zugzahl erreicht, in einzelnen Bezirken konnten sogar über 30 Prozent der Erträge gefahren werden.
 Nachdem der Streik der Eisenbahner völlig beendet ist, hat der Reichspräsident mit Wirkung von heute 12 Uhr mittags seine Verordnung vom 1. Februar über das Verbot der Arbeitsniederlegung durch Beamte der Reichsbahn außer Kraft gesetzt.

Streikabbruch der Berliner Telegraphenarbeiter

* Berlin, 9. Februar. (Tel.) Die Vollversammlung der Berliner Telegraphenarbeiter hat gestern nachmittag beschlossen, daß die Arbeit am 9. Februar wieder aufgenommen werden soll.

Der „Minderheitschutz“ in Litauen

* Kovno, 9. Februar. (Priv.-Tel.) Die Verfassungskommission des Sejm hat in der ersten Lesung den von der Subkommission unter dem Vorsitz des jüdischen Nationalministers Solowewitsch eingebrachten Antrag angenommen, daß die kulturelle Autonomie der völkischen Minderheiten erhalten bleiben sollte, die mindestens 10 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Da Litauen eine Bevölkerung von circa 4 Millionen Bewohnern (mit dem Wilnagebiet) hat, so müßte eine völkische Minderheitsgruppe 400 000 Köpfe zählen, um diese Rechte zu erhalten. Selbst die sehr stark verteilten Juden dürften diese Zahl kaum erreichen, ebensowenig die Polen, gegen die sich der Antrag vielleicht vor allem richtet, geschweige denn die Deutschen, die auf 60 000 geschätzt werden. Der Beschluß hat einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, und es ist sicher, daß er nicht angenommen wird. Aber er bleibt symptomatisch und wird denjenigen Memelländern, die an einen kulturellen Anschluß an Litauen denken, die Augen öffnen.

Litauische Noten an Polen und Rußland

* Kovno, 8. Februar. (Priv.-Tel.-Ag.) Am 3. Februar beantwortete die litauische Regierung die Note des polnischen Außenministers Strumunt. Sie bittet um umgehende Mitteilung, ob Polen den Vorschlag annimmt, am 27. Februar direkte Verhandlungen zur Erörterung der Lituafrage, nicht allein konsularischer, Handels- und anderer Fragen aufzunehmen, und ob sie einverstanden ist, vor Beginn der Verhandlungen den Status quo des Suwalki-Vertrages wiederherzustellen und die polnischen Truppen und die Administration nördlich der Linie des Suwalki-Vertrages zurückzuziehen. Die litauische Regierung hält eine negative Antwort für eine Ablehnung ihres Vorschlages direkter Verhandlungen. — Der litauische Vertreter in Moskau, Bakrupaitis, übermittelte eine Note der litauischen Regierung an Schicklerin, worin diese gegen die Nichtentlassung litauischer Gefangener aus den russischen Gefängnissen, gegen die Hindernisse in der Durchführung des Friedensvertrages und der Rückgabe litauischen Eigentums sowie gegen die Nichtwahrung der Exterritorialität der litauischen Vertretung in Moskau Einspruch erhebt.

Das Ende des Berliner Streiks

Ms. Berlin, 9. Februar. (Priv.-Tel.) Die Arbeiter der städtischen Werke sind, nachdem gestern abend noch der Abbruch des Streiks proklamiert wurde, heute in großer Zahl zur Arbeit zurückgekehrt und haben bis auf wenige Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen. Die Technische Nothilfe wird zurückgezogen, sobald ein geordneter Betrieb gewährleistet wird. Die Straßenbahn hat im Laufe des Nachmittags auf einigen Linien den Betrieb wieder aufnehmen können. In den Wasserwerken ist die Abführung der Technischen Nothilfe noch nicht vorgenommen, da die Wiederstellungsverhandlungen mit den ausständigen Arbeitern noch nicht abgeschlossen sind. Dagegen ist in den Elektrizitätswerken die Abführung der Technischen Nothilfe durchgeführt. In den Gasanstalten wurde zum größten Teil der Betrieb wieder aufgenommen und man hofft, morgen die Straßenbeleuchtung wieder in Betrieb setzen zu können. Im Gaswerk Tegel haben die Arbeiter die Arbeit noch nicht wieder aufgenommen. Uebereinstimmen die Blätter fast, daß der Streik mit einer schweren Niederlage der Gemeindearbeiter geendet hat. Am Nachmittag erschien die Streikleitung mit der Spitzengeneration der städtischen Arbeiter beim Oberbürgermeister, um die Wiederstellung sämtlicher Entlassenen zu bewirken, sofern diese morgen die Arbeit wieder aufnehmen. Der Oberbürgermeister erklärte, der Magistrat müsse darauf beharren, daß alle entlassen seien, die Dienstag nachmittag 9 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen haben. Um 8 Uhr abends wurde bekannt, daß die Streikleitung und Oberbürgermeister haben, den Streik abzubrechen und die Arbeit wieder aufnehmen. Die Abendblätter melden, daß infolge des Streiks die Lebensmittelpreise, vor allem die Fleischpreise, in besorgniserregender Weise gestiegen sind. Kartoffeln gibt es nicht, die Broterzeugung erscheint gefährdet, einzelne Bäckereien haben bereits geschlossen. Die Jagd nach Petroleum ist im vollen Gange. Dankbar empfindet man, daß die Nothilfe wenigstens die Wasserzufuhr ermöglicht hat, da zahlreiche Straßenbrunnen bereits erschöpft waren.

Die schwere Eisgefahr der Ostsee

* Königsberg, 9. Februar. (Priv.-Tel.) Die westlichen Ostseehäfen sind durch den starken Frost vollkommen vereist. Zwischen Nord- und Ostsee besteht keine Verbindung mehr. Der Sund und die beiden Belte ebenso auch der Kaiser-Wilhelm-Kanal sind angefroren, so daß die Schifffahrt geschlossen wurde. In Kiel ist sogar die Außenförde fest zugefroren, was seit 1895 nicht mehr der Fall war. Der Verkehr zwischen Seeland und Jütland ist unterbrochen. In der westlichen Ostsee hat der polnische Dampfer „Arakon“ jetzt im Eise sein Ende gefunden. Das hölzerne Schiff stieß bei der Fahrt nach Aarhus ein und wurde vom Eise zerpreht. Die Mannschaft rettete sich an Land. In Königsberg laufen noch ganz wenig Schiffe ein. Die Tourendampfer aus der Nordsee fehlen bereits. Der Eisbrecherdienst im Seeland wird noch aufrechterhalten, dürfte aber eingestellt werden, wenn die gesamte Ostseeschifffahrt, wie es wahrscheinlich ist, geschlossen wird. Auch im Königsberger Hafen macht das Eis vor allem den kleineren Schiffen und Schleppern viel zu schaffen. Der Seebienst Dampfer bleibt noch wie vor eingestellt. Es ist aber wenigstens gelungen, den Dampfer „Rubens“ nach Swinemünde einzubringen.
 Der Kreuzer „Medusa“ hat, nachdem auch der dänische Eisbrecher „Brødren“ abgerufen wurde und nach Kopenhagen zurückkehrte, nicht mehr zu den bei Kap Domesnes im Eise festgefahrenen deutschen Dampfern vordringen können. Zwei Schiffs-Expeditionen wurden daher ausgesandt, um die wahrscheinlich wieder in Proxiantnot geratenen Dampfer mit Lebensmitteln zu versorgen. Der Kreuzer „Medusa“ will das Personal dieser Expedition am 10. Februar wieder an Bord nehmen. Er wird dann nach Pillau einlaufen, weil seine Kohlenvorräte erschöpft und die anderen deutschen Ostseehäfen bereits vereist sind.
 Aus Kopenhagen wird berichtet, daß der Sund zwischen Drogöer und Öen nur mit Hilfe von Eisbrechern befahrbar ist; von Drogöer südwärts und von Öen nordwärts für kräftige Dampfer passierbar.

Eine Note Poincarés über Genua

* London, 8. Februar. (Tel.) Der Berichterstatter der „Times“ erfährt von gut unterrichteter Seite, daß Poincaré in einer Note an die britische und italienische Regierung über die Konferenz von Genua eine Zusammenkunft zwischen britischen, französischen und italienischen Vertretern vorschlägt, bevor die Konferenz von Genua stattfindet. Eine solche präliminare Konferenz würde das geplante Programm von Genua im einzelnen prüfen müssen.
 Wie „Leit Parisien“ offiziös mitteilt, wies die französische Regierung in ihrer Note an die englische Regierung über die Konferenz in Genua darauf hin, daß die Finanzkonferenz von Brüssel, die der Völkerbund organisiert habe, sechs Monate Vorbereitungen erfordere. Die französische Regierung drückte daher die Befürchtung aus, die Konferenz würde unfruchtbar bleiben, wenn derartige Probleme diesmal unvorberichtet in Angriff genommen würden. Die Note rät deshalb an, die Konferenz von Genua um drei Monate zu verschieben und den Zeitpunkt dazu zu bestimmen, unerlässliche Vorbereitungen zu leisten. Die Note schlägt ferner vor, zu bestimmen, daß keine der Mächte, die der Völkerbund aus dem Friedensvertrage erhalten habe, angezweifelt werden, ebensowenig wie die Friedensverträge, die die Grundlage des internationalen Rechts von Europa seien. Diese Bedenken müßte die Konferenz von Genua verhindern, das Reparationsproblem zu behandeln. Schließlich soll in der Note gesagt sein, daß die Mächte das Recht zur Intervention haben müßten, wenn die Wiederherstellung einer militärischen Monarchie in Deutschland oder Ungarn erfolge. Der letztgenannte Punkt interessiere besonders die kleine Entente.

Amerikas Antwort zur Einladung nach Genua abgegangen

* Paris, 9. Februar. (Tel.) „New York Herald“ meldet aus Washington: Harding werde morgen die Antwort auf die Einladung der Konferenz in Genua nach Rom abgehen lassen. Sie werde morgen nachmittag veröffentlicht werden. Man glaube zu wissen, daß der Präsident in dieser Antwort, obgleich er ausgebildet nicht in der Lage sei, die Einladung anzunehmen, sich mit den allgemeinen Zielen der Konferenz einverstanden erklärt und das Versprechen abgegeben werde, daß Amerika sein Bestes tun werde, um an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung der Welt mitzuarbeiten. Harding werde die Lage so darstellen, wie sie nach Ansicht der amerikanischen Regierung sein müßte und werde es dann Europa überlassen, daraus seine eigenen Folgerungen zu ziehen.

Italien gegen den Aufschub der Genueser Konferenz

* London, 9. Februar. (Tel.) „Reuter“ meldet: In italienischen Kreisen wird erklärt, daß kein Grund vorliege zur Annahme, daß Italien für einen beträchtlichen Aufschub der Konferenz von Genua sei. Der Oberste Rat habe das Datum der Konferenz festgelegt. Der Oberste Rat in seiner Gesamtheit müsse eine Abänderung vorschlagen, wenn er eine solche wünsche. Die italienische Regierung selbst habe niemals einen Aufschub verlangt. Es gebe keinen Grund, weshalb die Regierung eine Abänderung ihrer Dispositionen in Erwägung ziehen sollte. In Genua seien inzwischen mehrere Villen und Hotels zur Unterbringung der Delegierten bereitgestellt worden.

Gestaltung der ersten deutschen Goldzahlung

* Paris, 9. Februar. (Tel.) Die Reparationskommission veröffentlicht folgenden Bericht: Im Einklang mit der Entscheidung des Obersten Rates in Genua vom 13. Januar 1922 hat Deutschland seinen in ausländischen Devisen und an die vom Garantieauschuss bezeichneter Banken die drei zehnjährigen Zahlungen von 31 Millionen Goldmark bewerkstelligt.

Die Gehälter der Lokomotivführer in Ostpreußen

Die Höhe der in Ostpreußen gezahlten Gehälter für Lokomotivführer sind folgende: Ein verheirateter Lokomotivführer mit zwei Kindern, eins bis zu sechs Jahren und eins über sechs Jahre erhält in Ortsklasse A ein Anfangsgehalt von 90 200 Mk. Dazu kommen noch besondere Aufwandsentschädigungen, Fahrtzuschläge usw. Die Höhe von gering gerechnet 8-1000 Mk. Das Höchstgehalt beträgt 120 000 Mk. und die erwähnten Aufwandsbezüge. Das Zugbeeidigungspersonal hat unter gleichen Voraussetzungen 20 000 Mk. Anfangs- und 35 120 Mk. Höchstgehalt. Dazu Aufwandsbezüge in Höhe bis zu 3000 Mk.

Kein mitteldeutscher Kommunistenputsch

* Berlin, 8. Februar. (Tel.) Die zuständige Seite teilt mit, daß die von mehreren Blättern verbreitete Nachricht, nach welcher bei dem verhafteten Kommunisten Pleitner Mobilisationspläne für einen mitteldeutschen Putsch gefunden worden seien, nicht wahr ist.

Schwierige italienische Kabinettsbildung

* Rom, 9. Februar. (Tel.) Nachdem Nicola die Kabinettsbildung abgelehnt hat, wurde Orlando vom König damit beauftragt. Orlando hatte im Laufe des Tages Besprechungen mit Abgeordneten verschiedener Parlamentsgruppen über die Lösung der Krise. Morgen vormittag wird Orlando vom König empfangen.

Sowjetrussische Genueruhigung

* Moskau, 8. Februar. (Priv.-Tel.) Führende Sowjetpolitiker sind sehr beunruhigt über das Gerücht von der Teilnahme der früheren russischen Regierung sowie der Regierung Russlands in Armenien an der Konferenz von Genua. Die Sowjetregierung beauftragte ihre Kommissare in Berlin, London und Rom, dahin zu wirken, die Einladung der genannten Regierung rückgängig zu machen, andernfalls die Sowjetleute der Einladung nicht folgen wollen.

Abbruch eines schwedisch-russischen Wirtschaftsvertrages

* Stockholm, 9. Februar. (Tel.) Wie amtlich mitgeteilt wird, sind die seit einiger Zeit in Stockholm geführten schwedisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen jetzt abgebrochen. Der von schwedischen und russischen Delegierten unterzeichnete Entwurf zu einem vorläufigen Wirtschaftsvertrag ist gestern von den schwedischen Delegierten der Regierung zur Prüfung unterbreitet worden.

Für eilige Leser

Die Arbeit auf den deutschen Eisenbahnen ist nunmehr überall aufgenommen: nur in Braunschweig soll der Streik fortgeführt werden. Auch die Berliner Telegraphenarbeiter arbeiten wieder.
 Die Leitung des Streiks der Berliner städtischen Arbeiter hat den Abbruch des Streiks proklamiert; die Arbeiterchaft ist in großer Zahl zurückgekehrt.
 Die gesamte Ostseeschifffahrt wird wahrscheinlich wegen schwerer Eisgefahr geschlossen werden.
 Harding hat die Antwort der Vereinigten Staaten auf die Einladung zur Konferenz in Genua abgelehnt.
 Zwischen Schweden und Rußland wurde ein Wirtschaftsvertrag abgeschlossen.

Eine Karnevalsversammlung

Die sog. „Wirtschaftspartei“ hatte Mittwoch abend eine große Volksversammlung nach dem Schützenhaus einberufen, die den von den Veranhaltern erhofften Verlauf der Versammlung nicht erfüllt hat. Der unumtätige und direkt karnevalistische Verlauf der Versammlung ist allerdings absolut zu billigen, vielleicht aber zum erheblichen Teil damit zu erklären, daß die Einberufung einer solchen Versammlung schon an und für sich als eine Provokation von der Bevölkerung aufgefaßt werden mußte. Die Staatsratsversammlung am Vormittag und die abends folgende öffentliche Volksversammlung der „Wirtschaftspartei“ dürften auch in den Köpfen der verböhrtesten Larynxhänger die Erkenntnis dämmern lassen, daß die überwältigende Mehrheit der Memeler nicht für dunkle Madenschäften irgend welcher Art zu haben ist.

Die durch die Vorstandsmitglieder Schuischel, Aufkuolaitis, Zwiedies und Reischies (Herr Simonaitis war nicht am Vorstandstisch erschienen) im Schützenhaus vertretene „Wirtschaftspartei“ hatte wohl kaum auf einen so großen Massenbesuch gerechnet. Der große Schützenhausaal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Es gab eigentlich von Anfang an drei Parteien im Saal, die „Wirtschaftspartei“ aus Vorstandstisch, das Gros der Besucher, die Anhänger der Arbeitsgemeinschaft waren, und ein Häuflein romantischerer Kommunisten, die den absehbenden Hören stundenlang hinlose, kommunistische Heißwahrheiten verzapften. Auf ihr Konto ist wohl auch in erster Linie der ohrenbetäubende Lärm zu setzen, der die Ausführungen aller Redner, mitunter selbst ihrer eigenen, begleitete und oft minutenlang andauerte. Eine solche Madaverammlung hat Memel selbst in den bewegten Tagen der Revolution nicht erlebt. Zu verwundern ist es daher auch nicht, daß nach Schluß der Versammlung die Polizei erscheinen mußte, um die Schützengilde vor Materialschaden zu bewahren und eine regelrechte Volareit nach Art einer oberbayerischen Kirchweih zu verhüten.

Herr Schuischel führte als Versammlungsleiter aus, daß nicht er und seine Freunde den nationalen Swift im Memelgebiet angezettelt hätten, sondern allein Dr. Gaigalat mit seinem bekannten Brief. Als er das Thema des Abends mit der Frage formuliert, wie Memel in Zukunft am besten fahren könne, erntet er den Zuruf: „Freistaat“. Die Arbeitsgemeinschaft, der heute bereits über 80 Prozent aller Memeler angehören, setzt sich für diesen pelagegeschmückten Ausproletarier aus einer „kleinen Gruppe von Großkapitalisten, einem kleinen Teil von Beamten und allen denjenigen zusammen, die mitlaufen und aus nationalem Gefühl Angst haben, daß wir Litauen angegliedert werden.“ Als er zum Schluß drohte, etwaige Inthronisierer rauszuwerfen zu lassen, beehrte ihn minutenlanges Pfeifen und Jöheln, daß die Versammlung für die Politik der „Wirtschaftspartei“ kein Verständnis aufzubringen vermochte.

Als der nächste Vertreter der Wirtschaftspartei Herr Zwiedies mit Memeler Kriegs- und Revolutionsreminiszenzen auf den Bannring auszugehen wollte, mußte er sich durch den Zuruf: „Wollen Sie uns damit fangen?“ zur Sache mahnen lassen. In sehr langatmigen, von langen Vorlesungen unterbrochenen Ausführungen suchte er dann den Nachweis zu erbringen, daß das Memelgebiet ohne Litauen nicht existieren könne. Interessant war die Erklärung, daß er zu den Herren Simonaitis und Aufkuolaitis gegangen sei, um die Wirtschaftspartei zustande zu bringen. Selbstamerweise suchte dieser Redner das Aufgehen des Memellandes in Litauen mit der zu erwartenden Bildung der Vereinigten Staaten von Rußland zu begründen, die nach seiner Meinung auch Litauen einschließen würde. Die Wirtschaftspartei wolle die Arbeitsgemeinschaft zerbrechen, damit ausländisches Kapital nach Memel kommen könne, was jetzt von dem in der Arbeitsgemeinschaft vertrusteten Kapital verhindert werde. Das Operieren mit den soeben ausgegebenen Steuerzetteln hätte sich Redner sparen können, da ihn die Beschlüsse des Staatsrats schon im voraus lägen gestraft hatten.

Herr Aufkuolaitis entwickelte als Dritter das bekannte Programm der „Wirtschaftspartei“. Diese Partei ist nach des Redners eigenem Zugeständnis aus der „unbedingten Notwendigkeit“, eine Gegenpartei zu schaffen, entstanden. Seine zweideutige Behauptung, vier Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft wären bei der Abfassung des Programms der Wirtschaftspartei zugegen gewesen und hätten nichts dagegen einzuwenden gehabt, hat sich inzwischen bereits als Entstellung der Thaten erwiesen. Als sich er offen für den Anschluß an Litauen (bisher war er mehr für Polen!) eintrat, steigerten sich die Zwischenrufe und die Unruhe im Saal schließlich zu solchem ohrenbetäubenden Lärm, daß der Redner abtreten mußte.

Es folgten dann endlose Ausführungen der Kommunisten Herbst, Broschke und Furgan, welche zwar wie schon in der letzten Schützenhausversammlung, in einseitiger Verrennung der Thaten, auch das Programm der Arbeitsgemeinschaft ablehnten, der „Wirtschaftspartei“ aber eine viel entschiedenere, nicht vor persönlichen Anpöbelungen zurückschreckende Abrede zuteil werden ließen. Die große Unruhe und die zahlreichen Zwischenrufe während dieser Ausführungen ließen erkennen, daß die Mehrzahl der Anwesenden durchaus nicht mit den Ansichten von der zu erwartenden Weltrevolution übereinstimmte.

Nachdem Herr Zwiedies mit kaum verständlichen Anspielungen auf Mißstände im hiesigen Wohnungswesen vergeblich um Gehör geworden und ein weiterer Kommunist zu Wort gekommen war, wies der Leiter der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge Verfishus auf die überaus mangelhafte soziale Fürsorge in Litauen hin.

Arbeiter Partschat ergänzte diese Ausführungen durch einen Bericht über seinen Arbeitsschaffen in Schaulen, wo er u. a. sieben Familien in einem Keller wohnend gefunden hat. (Zwischenruf: Die litauischen Arbeiter würden unsere schlechtesten Wohnungen für Paläste halten.)

Staatsrat RandeL, gleichfalls mit großem Lärm begrüßt, mahnte die Arbeiterschaft, ihr eigenes Wohl im Auge zu behalten und bei der Entscheidung über ihr künftiges Schicksal nicht tatenlos zuzuschauen. Was die Arbeiterschaft bei einem Anschluß an Litauen erwarten könne, läßt sich aus dem Verhalten des Landesdirektors Simonaitis entnehmen, der einem memelländischen Kriegskameraden mit litauischer Mutterprache bei der Bitte um Fürsprache gesagt habe, er könne nichts für ihn tun, weil er ihn nicht litauisch angesprochen habe!

Ein weiterer Arbeitervertreter trat gleichfalls für das Programm der Arbeitsgemeinschaft ein und hat die Arbeiter, an ihre Familien zu denken, deren Existenz in einem selbständigen Memel wenigstens einigermaßen durch die soziale Fürsorge gesichert sei, während sie in Litauen vollständig hilflos dastehen würden.

Ingenieur Partschies ging anfangs in durchaus sachlich gehaltenen Ausführungen auf die Betriebsräte und die Sozialisierung ein, um dann mit Hilfe einiger gänzlich unbewiesenen Annahmen für den Anschluß an Litauen einzutreten. Als er sich zu der Behauptung verlegte, unsere Landwirtschaft könne uns nicht ernähren, äußerte sich der Unwille der Versammlung in solchem Lärm, daß er die Bühne verlassen mußte.

Die Schlussausführungen des Versammlungsleiters Schuischel blieben bei dem immer stärker werdenden Lärm gleichfalls unverstandlich.

Kirchweihfest und Jahrmarktsrummel

Ein Freund unseres Blattes stellt uns folgendes Stimmungsbild zur Verfügung:

Es war die heiterste Veranstaltung, die ich unter dem Namen einer politischen Versammlung in meinem Leben kennen gelernt habe. Es heißt wohl sonst: ein garstig Vieh, psui, ein politisch Vieh. Gestern abend, im Memeler Schützenhaus, hat man dies Wort Sagen zu hören verstanden. Hier sang man dieses Lied nach der

Melodie der ausgelassenen Burleske, und jedem schien das Sprichlein des Kapuziners aus Ballensteins Bager in den Sinn gekommen zu sein: „Heiß, auchhial Dubeibunde! Das geht ja hoch her! Am auch dabei!“

Der Saal war so gefüllt, daß jeder Kinodirektor die Veranstalter des Abends hätte beneiden können, und dennoch darf man bezweifeln, ob es unter den zahlreichen Besuchern einen gegeben hat, der an diesem Abend nicht das Wort genommen hätte. Man sprach, rief, gestikuliert, pfiff, bellte, miaute, trompetete, kurz jeder bekundete sein inniges Interesse auf seine Weise, und nur ein Teil der Anwesenden war so gut wie garricht zu verstehen, das waren — die Redner des Abends. Selbst eine unüberbietbare, leidenschaftliche, ja erschütternde Gestikulation, die einer dieser nicht beneidenswerten anwachte, Rudern, Schwimmen, Ring wie Faustkampf zugleich, konnte die völlige Unhörbarkeit seiner Worte nicht weinmachen. Dagegen war sehr deutlich zu verstehen ein Mann auf dem Balkon, der immer erst rückwärtsvoll ankündigte: „Nur ein Augenblickchen!“, sich dadurch — beinahe Ruhe verschaffte, worauf dann einige Kernworte von höherem Standpunkt vernnehmbar wurden.

So unterhaltend nun diese Diskussion aller gegen alle auch namentlich für diejenigen war, welche über die stärksten Lungen verfügten, so wird man immerhin der Schlussfolgerung nicht ganz ausweichen können, daß zuguterletzt das Ganze eine Versammlung nicht mehr zu nennen war. Denn die Wassergläser auf dem Vorstandstisch sind nicht dazu da, mit einem „ant Smelkats“ aus Wohl des Publikums geleert zu werden; die Platte des Vorstandstisches gar oben hat eine durchaus andere Bestimmung, als daß man sie den Vorstandsmitgliedern an die Schenkeine weisen sollte. Ferner gehört ein Salto vom Publikumsraum auf die Bühne mehr ins Varietés, als in den „Mat erster Männer und Frauen“. Auch soll man besser niemals dem Vorsitzenden einer Versammlung zurufen, „er sei so fett, daß er demnächst plaken würde“. Es ist dieses nicht parlamentarische Sittel! Ueberhaupt, Humor in Ehren — aber ging man hier nicht etwas weit?

Zwei Momente dürften an dem Spektakel, der schließlich und endlich ein wenig roh zu werden drohte, vor allem schuld sein. Das eine war das bemitleidenswerte Ungeschick des Versammlungsleiters. „Am Präsidium saß ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß.“ Und mußte er, in schlechter Vorahnung seiner Ohnmacht, auch noch das Publikum von vornherein provozieren, indem er mit dem Hausrecht drohte, bevor er dazu Veranlassung hatte? Das erregte natürlich die Stimmung. „Wir werden dir schon zeigen!“ Das zweite Moment schien in der Einnütigkeit zu liegen, mit der man die Parole der neuen Partei verwarf; man war daher schier mehr geneigt, über sie zu lachen, als sie ernsthaft zu traktieren.

Will man übrigens an die Schnurre, denn als solche stellte sich das gefirgte Vergnügen dar, doch noch eine Moral hängen, so etwas folgende: Ganz leichten Herzens läßt sich über die Gewöhnung, aus Versammlungen ein Kirchweihfest und einen Jahrmarktsrummel zu machen, doch nicht hinweggehen. Vielleicht ist die Andeutung dieser Gelegenheit durch kommunistische Wanderprediger und Prosopeten noch nicht einmal das Schlimmste, denn, was es nicht auch gestern zu beobachten? Im ersten Augenblick machen ihre starken Worte Eindruck, und man schenkt ihnen Gehör, aber der Memelländer ist offenbar zu praktisch und zu nüchtern, um nicht bald zu merken, wo's fehlt. Am Positiven fehlt's. Auf die Frage: Was sollen wir tun? bleiben diese Herren die Antwort schuldig. Aber an etwas anderes ist zu denken. Eine zu eriferen Erörterungen als den gefirgten berufenen Bevölkerung darf die Befähigung zu diszipliniertem Versammlungsleben nicht verlieren. Daß dieses nicht geschehe, wird eine Aufgabe ihrer verantwortlichen Führer sein.

Vollziehung des Staatsrats

am Mittwoch, den 8. Februar

Nachmittags Sitzung

Vizepräsident Kraus eröffnet die Sitzung um 3 1/4 Uhr.

Erhöhung der Katasterforschungsgebühren

Staatsr. v. Schlenker referierte über den Verordnungsentwurf, wobei er darauf hinwies, daß zurzeit noch Gebühren erhoben werden, die aus einem Gesetz von 1885 stammen. Die Grundsteuererträgnisse sind von 1887 bis 1889 ermittelt worden, was natürlich für die heutigen Verhältnisse absolut unzureichend ist. Es handelt sich bei der Verordnung um eine Mindestminderungsgebühr von 3 Mk.; die Kommission empfiehlt einstimmig die Annahme der Vorlage — Es erfolgt Annahme.

Abänderung von Pachtverträgen

Staatsr. Dr. Hansen wies in seinem Referat darauf hin, daß durch diese Verordnung ermöglicht werden soll, bei den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen einen billigen Ausgleich herbeizuführen zwischen den verträglich vereinbarten Pachtungen und Gegenleistungen. Der Verordnung liegt die preussische Pachtungsverordnung zugrunde, sie ist jedoch nur eine Uebernahme einzelner Bestimmungen. Die Kommission empfiehlt die nochmalige Nachprüfung der Verordnung und Zurückverweisung an die Kommission.

Landesdirektor Reids: Die Einbringung dieser Verordnung ist zunächst auf Anträge von Bürgergemeinden und -Vereinen zurückzuführen. Die Pachtverträge der Kirchenländereien bilden einen erheblichen Bestandteil der Pachtverträge und die Beträge, die nicht durch Pachten einkommen, müssen anderweitig aufgebracht werden. Viele Gemeinden haben langfristige Pachtverträge abgeschlossen, sie ist in Anbetracht des Geldwertes zu ändern, ist ihnen nicht möglich. Während die Pächter billiges Pachtland haben, müssen die Bürgergemeinden für ihre Ausgaben erhebliche Zuschüsse leisten. Daher hat der evangelische Kirchenrat schon seit einem halben Jahr darauf gedrängt, daß diese Verordnung auch bei uns eingeführt werde. Aber nicht nur die Bürgergemeinden, sondern auch Stiftungen, wie die Gesellschaft, haben ein großes Interesse an der Verordnung. Bei der Erziehungsanstalt Rumpshof ist eine große Meise für einen angestrichelten geringwertigen Betrag verpachtet. Ebenso hat der Forst- und Moorhauz viele Ländereien zu sehr billigen Preisen verpachtet und es gehen dem Staat dadurch vielleicht 100 000 Mark verlohren. Man war der Meinung, daß es nicht notwendig sei, die ganze preussische Pachtungsverordnung zu übernehmen. Nachdem die Verordnung in eingehend beraten worden ist, sollte sie jetzt so, wie sie ist, zur Annahme empfohlen werden. Es ist jetzt notwendig, daß etwas geschieht. Im Frühjahr müssen neue Pachten festgesetzt werden.

Einfluss des Landesdirektors Kraus: Es müßen vielleicht noch einige redaktionelle Änderungen notwendig sein, aber die Verordnung kann angenommen werden.

Staatsr. Gubba bittet, einen Vorschlag in die Verordnung hineinzubringen, aus dem unabweislich hervorgehe, daß unbedenkliche Verpachtungen nicht unter sie fallen. — In der weiteren Debatte sprach Staatsr. Hansen nochmals für Zurückverweisung an die Kommission. — Präsident des Landesdirektoriums Dr. Sepulat wies darauf hin, daß eventuell durch eine Ausbühmungsanweisung gegenwärtig bestehende Bedenken noch beseitigt werden könnten.

Schließlich ergibt die Abstimmung Zurückverweisung an die Kommission, wofür 12 Stimmen sind.

Geldstrafen im Feld- und Forstpolizeigesetz

Staatsr. Dr. Hansen: Es handelt sich nicht um einen Verordnungsentwurf, sondern lediglich um eine Anregung der Landwirtschafskammer. Es wird davon darauf hingewiesen, daß die im Feld- und Forstpolizeigesetz vorgesehenen Geldstrafen und Ertragsforderungen nicht den heutigen Verhältnissen entsprechen und auch nicht im Verhältnis zu den eingelegten Freiheitsstrafen stehen. Durch den Krieg haben die Litten leider gelitten. Der Begriff von Wein und Dem ist bei vielen Menschen nicht mehr klar genug. Bewilligte Elemente schädigen im Anbetracht der geringen Strafen empfindlich ihre Nachbarn. Die geringen Ertragsforderungen geben keinen Anreiz für den angestrichelten Schaden. Dieses bezieht sich nicht allein auf Weizen, sondern trifft in erhöhtem Maße auch bei Baumreizen zu. Es ist zurzeit kaum möglich, an Straßen Bäume groß zu ziehen, oder irgendwelche Kultur im freien Lande gedeihen zu lassen. Auf Antrag der Landwirtschafskammer hat daher der Vorstand der Landwirtschafskammer beschlossen, dahin vorzuschlagen, daß die bestehenden Geldstrafen im Feld- und Forstpolizeigesetz um das Zehnfache, bei

Mißfällen und Fällen, die mit Rücksicht aufgeschafft werden, in Zwanzigfache erhöht werden. Die Anregung der Landwirtschafskammer, so für die Referent aus, trifft zweifellos das aber wir würden ein Stadium schaffen, wenn wir nur die Bestimmungen dieses Gesetzes ändern, was hier gesagt ist, ist ich erlassen worden, das allgemeine in eine Erhöhung der Geldstrafen vorzieht. Die Kommission hat beschlossen, diesen Antrag der Landwirtschafskammer dem Landesdirektorium zur Berücksichtigung empfehlen.

Staatsr. v. Schlenker: Man könnte das Fünftel nicht das Zehnfache und Zwanzigfache nehmen für Pfandgeld, ein Stück Vieh über die Grenze hinübergetrieben wird. — Gubba: Eine Novorderordnung wäre sehr erwünscht. — Nach Debatte wird der Antrag der Kommission einstimmig angenommen.

Änderungen der Gerichtsverfassung und der Strafprozedur

Staatsr. Dr. Hansen wies darauf hin, daß der Justizrat die vorliegende Entwurf ausgearbeitet habe. Man eine ausführliche Begründung verbunden. Die Kommission hat Sache eingehend durchgesehen und sich auf den Boden des Gesetzes gestellt. Die Schlage vor, den Entwurf auf einer Verordnung schließen.

Zu dem Vorschlag in der Vorlage, daß bei Sachen, die ein von 300 Mark betreffen, keine Berufung mehr möglich sein sollte, trage Staatsr. v. Schlenker, den früheren Satz von 200 Mark lassen, im Interesse der ärmeren Bevölkerung.

Staatsr. v. Schlenker: Auch die nochhabende Berufung hat solche kleineren Streitfälle. Nur in Deutschland haben viele Anwohner. Die englischen Gerichte haben keine Instanz und die Rechtspflege ist dort garricht so schlecht. Solche Sachen brauchen nicht durch alle Instanzen zu laufen.

Staatsr. Dr. Hansen: Die Begrenzung von 200 Mark ist vorianer Jahr festgesetzt worden. Wenn jetzt 300 Mark angenommen werden, so geschieht das nach dem deutschen Vorbild.

Staatsr. v. Schlenker: Es ist für wünschenswert, daß die den Gerichten sogenanntes Schlichtungsamt schlichte einberufen und zwar bis zu 300 Mark müssen sich zuerst die Schlichtungsamt mit solchen Angelegenheiten befassen.

Staatsr. Dr. Hansen: Es gibt bereits die Möglichkeit Schlichtungsamt vor dem Amtsgericht, was leider der Bevölkerung wenig bekannt ist. — Die Vorlage wird einstimmig angenommen.

Gegen den Schluß der Sitzung wird ein entsprechender Antrag v. Schlenker, daß ein schiedsgerichtliches Verfahren für Sachen bis zu 300 Mark vorgezogen werden soll, der Justizrat überwiesen.

Enteignungsverfahren

Staatsr. Dr. Hansen: Es handelt sich um eine Kriegentnahme. Das Landesdirektorium empfiehlt jetzt, da die Verhältnisse geändert haben, die alten Bestimmungen wieder in Kraft zu setzen. — Es erfolgt Annahme.

Abänderung des Gewerbeverordnungs- und des Gesetzes über die Kaufmannsgerichte

Staatsr. Dr. Hansen: Die Gesetze sind in Deutschland abgeändert worden. Der Referent empfiehlt, den Entwurf Landesdirektorium zurückzuverweisen, da erst kürzlich eine Änderung erfolgt ist.

Staatsr. Dr. Grabow: Das Gesetz kommt im wesentlichen für die Stadt Memel in Frage, die auch die Kosten und die Befolgung, die daraus folgen, zu tragen hat, wenn, wie vorgezogen wird, die Zuständigkeit der Gewerbeverordnungen erhöht wird.

Staatsr. Stagath: Gegenwärtig gehen viele derartige die eigentlich vor die Gewerbeverordnungen gehören, an das ordentliche. Es ist möglichst Beschleunigung erforderlich. — Die wird an das Landesdirektorium verwiesen.

Niederlassung von Ausländern

Staatsr. Dr. Grabow: Es liegt der Wohnraumbekanntmachung vor, der sich damit beschäftigt, wie man die Ausländer Einkommensteuer besser erhebt und sie zur Unterstützung der von Wohnungen heranzieht. Die Kommission hat sich in einer Beratung damit beschäftigt. In erster Linie ist eine Aufenthaltskommission in Aussicht genommen, welche die Aufenthaltsgenehmigung entscheidet. Es sind dazu Aufträge aufgestellt.

Aus diesen Mißständen sei folgendes wiedergegeben:

1. Unter welchen Bedingungen soll man den Ausländer starken Grundstücke im Memelgebiet zu erwerben. Sollen für den Kaufmanngesetz werden und welche?

2. Es ist ein dringendes Erfordernis, wegen der immer werdenden Wohnungsnot und der dadurch entstehenden Bedrückung einzelner Familien in der Benutzung ihrer Räume, daß neu hinzuziehenden Persönlichkeiten und Familien der Aufenthalt im Memelgebiet gestattet wird, nur dann resp. Wohnraumbekanntmachung zugewiesen werden, wenn sie für die Erhaltung neuer Wohnraumbekanntmachung Sorge tragen oder eventl. Wohnraumbekanntmachung oder sonstigen hier gründeten Vorhaben, die für die Erhaltung der erforderlichen Wohnraumbekanntmachung notwendigem Beiträge zur Verfügung der Aufenthalt im Memelgebiet muß den betreffenden Persönlichkeiten erst dann gestattet werden, nachdem sie selbst für die Erhaltung der erforderlichen Wohnraumbekanntmachung Sorge genommen haben.

Das Memelgebiet wird, davon zweifelt wohl niemand, in Wirtschaftsverträge geschlossen sind, an Einwohnerzahl durch Wanderung weiter zunehmen. Nur wenn die obigen Maßnahmen getroffen werden, wird es möglich sein, der Wohnungsnot ein Ende zu werden. Wer hierher kommen will, um die Wohlthaten künftigen Freistaates Memel und seinen Kultur zu genießen, hier unter diesem Satze seinen Lebensunterhalt erwerben zu wollen, muß in der Lage sein, sich selbst eine Existenz zu schaffen und nicht auf Kosten alter Memeler, die die Basis für den Aufschwung Memelgebiets und seines Handels sind und sein werden, sich Wohnrecht ohne Opfer verschaffen. Es muß solchen Einwohnern das große Entgegenkommen, das damit liegt, daß ihnen die haltsgenehmigung hier erteilt wird und die Möglichkeit des eigenen Wohnraumbekanntmachung vollstättigen. Da es sich in den Fällen um gutsituierte Leute aus dem Kaufmannsgewerbe, namentlich um Einwanderer aus dem Osten, sind die obigen vorgeschlagenen Maßnahmen durchaus gerechtfertigt. Bisher keine und werden dem Memeler Handel in keiner Weise hinderlich.

Diese Verordnung ist auch aus finanziellen Gründen dringend erforderlich. Durch sie wird es leichter sein, die von Osten einwandernden Elemente zu kontrollieren Steuern von denselben beizutreiben. Es ist bekannt, daß ein Anzahl solcher Leute hier in Memel, mit dem Vieh in der große Gebirge machend, untergeschliffen sind. Es ist dringend erforderlich, daß diesem Zustand durch strenge Kontrolle ein Ende gemacht wird, der zum Nachteil des ordentlichen Kaufmanns, der ihren Steuerzahler aus allen Berufsgruppen, der Wohnraumbekanntmachung der Kaufleute und der Arbeiter besteht, die alle Steueropfer bringen, während die Einwanderer aus dem Osten spielen würden können.

Staatsr. Dr. Grabow: Es ist die Aufenthaltsgenehmigung nur der Aufenthalt in dem betreffenden Ort beziehen soll und bei Wohnraumbekanntmachung eine neue Genehmigung erforderlich. Eine Verordnung in diesem Sinn soll rückwirkende Kraft erhalten.

Staatsr. v. Schlenker: Wenn das Landesdirektorium eine solche Vorlage bringt, möchte ich doch dringend bitten, die Bedingungen, welche Gewerbebetriebe machen sollen, nicht zu hoch zu setzen. Wir wollen hier doch ein reines gewerbliches Leben haben. Andererseits kann man bei Personen, die nicht so wünschenswert sind, die Summe sehr viel höher annehmen. Der Referent bringt, zu prüfen, welche Sicherheitsmaßnahmen zu treffen sind, daß man das ordentliche Geschäft hier nicht schädigt.

Staatsr. Dr. Grabow: Es kann sich nicht darum handeln, neue Industrien fernzuhalten, dadurch, daß man ihnen über große Verpflichtungen auferlegt. Man kann beispielsweise einen Schiffsverkehr verlangen, daß sie eine Menge Arbeiter beschäftigen. Man hätte man dieses Unternehmen, das zahlreiche Arbeiter beschäftigen, überhaupt nicht nach Memel gebracht. In den Fällen ist das auch am Ausdruck gekommen, und es wird bei den Sonderfällen auch Rücksicht genommen werden und in erster die Forderungen des gewerblichen Lebens ins Auge gefaßt werden müssen.

Die Versammlung stimmte den Mißständen zu.

Regelung des Durchgangsverkehrs mit Brauntwein

Einem Besondereinstimmung wurde nach einem kurzen Referat im Staatsrat...

Für denjenigen Brauntwein, über welchen eine selbstbegrenzte Einfuhrerlaubnis...

Diese Verordnung erhält rückwirkende Kraft vom 20. Juni 1921...

Beförderung der Kriegsbekindigten und Kriegshinterbliebenen
Ueber eine Vorlage des Landesdirektoriums, den gemäß dem Abkommen...

Kurze Nachrichten

Die „Lit. Tel.-Ag.“ meldet: Am 7. Februar traf der litauische Vertreter in Moskau...

Colales

Memel, den 10. Februar 1922.

Der heutige Eisenbahnverkehr. Auch heute werden nur der Morgen- und Mittagszug von Memel aus gefahren...

Nachlassen der Kälte. Gestern ist plötzlich milderes Wetter eingetreten. Das ist natürlich nur relativ gemeint...

Die Durchschnittemperatur lag um -15 Grad herum. Nachts wurde wiederholt die Grenze von -20 Grad weit überschritten...

Die Eisenbahnverbindungen zwischen Ostpreußen und dem Reich sind auf aussergewöhnlichem Stande...

für die Verbindung zur See sich noch rechtfertigen lassen. Die Dampferbesitzer...

Die Rechtsgiltigkeit der Wandergewerbebescheinigungen. Es ist hier zur Sprache gekommen, daß die Amtsvorsteher...

Genehmigung von Hausfassungen. Für das Jahr 1922 ist, wie im „Amtsblatt“ mitgeteilt wird, die Veranstaltung...

Besteuerung der Geldumsätze. Eine Bekanntmachung des Stempel- und Erbschaftsteueramts im „Amtsblatt“ besagt, daß nach...

Memeler Handels- und Schiffsahrtszeitung

Die Berliner Börse

Berlin, 9. Februar. (Tel.)

Da die Besserung des Marktverhältnisses hier eine Abkühlung der Devisenpreise bewirkte, wobei aber die Umsätze bei geringem Bedarf...

Kurs-Tabelle

Table with columns for date (9. Febr. 8. Febr.), bank names (Deutsche Bank, Dresdner Bank, etc.), and exchange rates.

Telegraphische Auszahlungen

Table with columns for city (Amsterdam, Rotterdam, etc.), date (9. Februar), and amounts in Gold and Reichsmark.

Wachstum im Ausland: Amsterdam 1,36%, -1,37%, Stockholm 1,91--1,92 (Preis-Tel.)

Der nächste Sprechtag für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene findet am Dienstag, den 14. d. Mts., von 8 1/2 Uhr vormittag bis 1 Uhr nachmittag im großen Sitzungssaal...

Mitgliederversammlung der Frauenhilfe. Wir werden gebeten, auch an dieser Stelle auf die außerordentliche Mitgliederversammlung der Frauenhilfe der St. Johannsgemeinde hinzuweisen...

Verschönerungsverein Memel. Dem Wunsche des Vorstandes des Verschönerungsvereins Folge gebend, weisen wir auch an dieser Stelle auf die heute nachmittag 5 Uhr im Magistrats-Sitzungszimmer stattfindende ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins hin...

Schwerer Unglücksfall. In der Schiffsabrik Lufsenhof geriet am Mittwoch dieser Woche die Arbeiterin Berta Schulz in das Getriebe einer Schälmaschine...

Standesamt der Stadt Memel

vom 9. Februar 1922

Geboren: Ein Sohn; dem Zimmerer Fritz Gorny; dem Landespolizei-Untersuchungsmeister Michel Barna von hier; dem Bäckermeister Albert Richard Otto Zrupat von Schmelz; dem Rädermeister Wilhelm Wauschies von Bommelspitte...

Gestorben: Aufwärtlerin Johanne Albrecht, 77 Jahre alt; Zimmerer Michel Perlams, 46 Jahre alt; Arbeiter Johann Stallgies, 71 Jahre alt; Kosfrau Marinka Pilties, Geburtsname unbekannt, 61 Jahre alt...

Wiedereinführung des Spiritusmonopols in Litauen. Bis das Rumocor „Coko“ mitteilt, wird in Litauen das Reichsmonopol auf Schnaps und Spiritus, welches mit Kriegsausbruch aufgehört zu existieren, wieder eingeführt werden.

Wetterwarte

Wettervorhersage für Freitag, den 10. Februar: Volliges Frostwetter ohne erhebliche Niederschläge bei mäßigen nördlichen Winden.

Temperaturen in Memel am 9. Februar: Morgens 6 Uhr: -12,5, 9 Uhr: -11,0, mittags 12 Uhr: -9,7, nachm. 3 Uhr: -8,0, 6 Uhr: -7,5 Grad Celsius.

Witterungsübersicht von Donnerstag, den 9. Februar, 8 Uhr morgens. Bei schwachen Winden aus nördlichen Richtungen und freier Frost herrschte gestern in unserem Bezirk ziemlich heiteres Wetter, vereinzelt noch mit leichten Schneefällen...

Table with columns: Beobachtungs-ort, Wetter, Grad Cels., Niederschlag mm, Beobachtungs-ort, Wetter, Grad Cels., Niederschlag mm. Locations include Königsbg., Insterburg, Tilsit, etc.

Wetter-Bericht für die Ostseehäfen von Donnerstag, den 9. Februar, 8 Uhr morgens.

Uebersicht der Witterung: Ostsee: Hochdruckgebiet 779 Polen, Tiefdruckgebiet 765 Nord-Schweden, 761 westlich Island. Wind: Schwache Südwinde. Wetter: Nordsee heiter, Ostsee wolfig, morgen wolfig, mäßige Südwinde.

Table with columns: Stationen, Barometer mm, Wind Richtung, Stärke, Wetter, Temperatur Celsius, Bemerkungen. Stations include Stube-naes, Dänk, Ewinemünde, etc.

Ostsee-Gebrichte vom 9. Februar.

Von der Seewarte Hamburg ist folgender Eisbericht eingelaufen: Memel: Eiseis leichtes, loses Eis, See trichweise Treibeis, Schifffahrt erschwert, für Segler nur mit Eisbrecherhilfe möglich...

